



## Beschlussvorlage

0002/2023

Stabsstelle des Landrats

### Beratungsfolge:

1. Kreistag 12.01.2023 Entscheidung Ö

Gez. Harald Sievers / 04.01.2023

---

gez. Dezernent/in / Datum

### Resolution des Kreistags: Belastungsgrenze überschritten - Antrag der CDU Fraktion vom 15.12.2022

#### Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag bekräftigt die dargestellte Situationsanalyse aus den Städten, Gemeinden und Landkreisen zur Leistungsfähigkeit des Staates und der Kommunen und bekräftigt das beigefügte Positionspapier des Gemeindetags Baden-Württemberg sowie den beigefügten, gemeinsamen offenen Brief an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten.
2. Der Kreistag betont, dass zur akuten Krisenbewältigung und zur aktiven Zukunftsgestaltung ein handlungsfähiger Staat und leistungsfähige Kommunen notwendig sind.
3. Der Kreistag unterstützt die Position des Gemeindetags Baden-Württemberg auch und gerade in der Haltung gegenüber Bund und Land und stellt sich hinter die Forderungen des Positionspapiers und des gemeinsamen offenen Briefes an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten.
4. Der Landrat wird beauftragt, diese Positionierung und Haltung des Landkreises Ravensburg insbesondere gegenüber den für den Landkreis zuständigen Abgeordneten von Land und Bund vorzutragen.

## Kurzdarstellung der Sach- und Rechtslage:

Die CDU-Fraktion hat in der Sitzung des Kreistags am 15.12.2022 den Antrag gestellt, dass sich der Kreistag hinter zwei aktuelle Positions- und Forderungspapiere der kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg stellen soll. Im Nachgang hat sie diesen Antrag so wie vorstehend in dem Beschlussentwurf formuliert konkretisiert.

### *Positionspapier „Belastungsgrenze überschritten“*

Der Gemeindetag Baden-Württemberg als Interessensverband der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Landesvorstandssitzung im September 2022 ein Positionspapier erarbeitet, um auf das Erreichen der Belastungsgrenze des Staates und der Kommunen hinzuweisen. Die Kommunen befinden sich im Dauerkrisenmodus, von allen politischen Ebenen werden aber immer neue Leistungen eingefordert und die Bürokratie hat eine Komplexität angenommen, die kaum mehr zu bewältigen ist. Aus Sicht des Gemeindetags braucht es eine klare Analyse der aktuellen Lage, eine realistische Bewertung des Leistbaren sowie eine neue Festlegung des Erforderlichen. Die notwendigen Handlungsschwerpunkte werden im Positionspapier genannt.

Nachfolgend ist eine Übersicht über die zentralen Aussagen des Positionspapiers aufgeführt:  
Gemeindetag Baden-Württemberg

**Positionspapier**  
Gemeindetag Baden-Württemberg  
Kommunaler Landesverband  
kreisangehöriger Städte und Gemeinden

**Belastungsgrenze überschritten –  
Es darf kein „Weiter so“ geben!**

Die Krise hat sich zum Normalzustand entwickelt. Nach der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 - 2017 breitete sich im Jahr 2020 die Pandemie aus. Spätestens seit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine erleben wir multiple Krisen nebeneinander. Krieg inmitten von Europa. Millionen von Menschen auf der Flucht. Inflation in einer über Jahrzehnte ungekannten Höhe. Die Versorgungssicherheit der Energie ist in Frage gestellt. Und über allem die auch in Europa immer spürbarer werdende Klimakrise.

Wir erleben Krisen, die sich überlagern, teilweise gegenseitig verstärken, teilweise bedingen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen fordert Staat und Gesellschaft enorm.

Die viel zitierte Zeitenwende hat die Welt verändert und sie hat damit auch ganz konkrete Auswirkungen auf die politische Bedürfnispyramide. Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophenschutz, Zivill- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind nur erste Beispiele für eine neue Prioritätensetzung. Hinzu kommt die epochale Herausforderung einer

gelingenden klimagerechten und digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Kann das alles gelingen?

Wer dies mit einem uneingeschränkten „Ja“ beantwortet, ist entweder ein absoluter Berufsoptimist oder verschließt die Augen vor der Dimension der aktuellen Krisen, den anstehenden Aufgaben und deren zum Teil erheblicher asymmetrischer Korrelation.

**Situationsanalyse:  
Die Leistungsfähigkeit hat ihre Grenzen erreicht**

Die baden-württembergischen Städte und Gemeinden übernehmen als Gesicht unserer demokratischen Strukturen auch in dieser Vielfach-Krise Verantwortung in ihrem gesamtstaatlichen Selbstverständnis vor Ort.

Und in dieser Verantwortung sagen die Städte und Gemeinden deutlich:

**Die Leistungsfähigkeit des Staates, die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden hat ihre Grenzen erreicht, die Gesamtheit der staatlichen Leistungsversprechen ist nicht mehr erfüllbar.**

Gemeindetag Baden-Württemberg | PanoramasträÙe 31 | 70174 Stuttgart Seite | 1

## MaÙnahmenübersicht

- Ehrliche Aufgaben- und Standardkritik
- Anpassung der Koalitionsverträge Bund und Land an die Zeitenwende
- Klare und offene Kommunikation mit Bürgerschaft und Wirtschaft
- Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung
- Wirksame Umsetzung des Bürokratienteilungsgesetz
- Neue Definition der Beziehungen zwischen Bund-Ländern und Kommunen
- Neues Verständnis der föderalen Zusammenarbeit und eine Konnexitätsregelung („Wer bestellt, zahlt“)
- Systematisches Verfahren im Gesetzgebungsprozess (Machbarkeitszusage)
- Prinzip „One in – One out“ bei neuen Aufgaben und Standards

## Gemeinsamer Offener Brief „In großer Sorge um unser Land“

Das Positionspapier des Gemeindetags wurde im Nachgang auch von anderen kommunalen Verbänden und Verbänden des „öffentlichen Lebens“ übernommen und daraus ist ein gemeinsamer offener Brief an Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann als Vertreter der Landesregierung Baden-Württemberg erwachsen.

Die Kernbotschaften des gemeinsamen offenen Briefs sind nachfolgend dargestellt:

Gemeindetag Baden-Württemberg



### Kernbotschaften:

- Konsequenter und dringlicher Veränderungsprozess mit neuen Realitätssinn und Mut zur grundlegenden Veränderung
- Klare Priorisierung der staatlichen Kraft auf die Zukunftsfähigkeit des Landes
- Echte Subsidiarität
- Spürbarer Abbau von Regulierungsstandards
- Konsequente Aufgabenkritik und Entbürokratisierung
- Wandel zu modernem Zukunftsstaat mit verlässlichen und umsetzbaren Zusagen

### Zentrale Fragen für die Zukunftsfähigkeit

- Was können ein effizienter Staat und eine nachhaltig Wirtschaft künftig leisten und was nicht?
- Was soll eine Gesellschaft zukünftig verlässlich vom Staat erwarten können?
- Welche Rahmenbedingungen braucht es dafür?

### Unser Vorschlag: Zukunftskonvent

Die Verwaltung teilt das Grundanliegen beider Papiere. Auch aus ihrer Sicht ist es dringend erforderlich, eine aufrichtige Bestandsaufnahme der bestehenden Belastungs- und (Über-)forderungsproblemlagen der Kommunen vorzunehmen und Lösungsvorschläge in Richtung des für den Staat und seine Kommunen realistischerweise Leistbaren zu entwickeln.

### Finanzielle Auswirkungen: Keine

### Anlagen:

Anlage 1 zu 0002/2023 - Positionspapier des Gemeindetags BW "Belastungsgrenze überschritten - Es darf kein Weiter so geben!"

Anlage 2 zu 0002/2023 - Offener Brief an MP Kretschmann MdL: In großer Sorge um unser Land